

## **Nicht nur Almosen – die Geschädigten im Süden haben ein Recht auf Ausgleichsleistungen des Nordens für die Klimaschäden**

Dr. Bernhard Walter, Brot für die Welt

### **Klima- und Entwicklungspolitik gehören untrennbar zusammen**

Aus Sicht einer Hilfs- und Entwicklungsorganisation wie der Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt und aus den Erfahrungen, die unsere Projektpartner in ihrer Arbeit gesammelt haben, gehören Klima- und Entwicklungspolitik untrennbar zusammen. Denn die Eingriffe der Menschen in die Umwelt gefährden heute in vielen Teilen der Erde die natürlichen Lebensgrundlagen vor allem der Armen. Während die Verursacher globaler Klimaveränderungen zumeist in den Industrieländern zu finden sind, sind Arme in Entwicklungsländern besonders verwundbar gegenüber Klimaveränderungen, weil sie diesen existenziellen Risiken stärker ausgesetzt sind und kaum Anpassungs- und Bewältigungsstrategien entwickeln können. Die Klimazerstörung ist dabei eine direkte Ursache für viele existenzbedrohende Auswirkungen wie Hunger, Krankheit und Armut.

Zum anderen ist die Reduzierung der Armut ohne wirtschaftliches Wachstum nicht machbar. Die Herausforderung besteht darin, rasches Wachstum ohne die negativen Umwelt- und Klimaauswirkungen zu erreichen, die häufig damit einhergehen. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, müssen deshalb die Entwicklungen in der Landwirtschaft, Fischerei, Wasserwirtschaft, Energie- und Transportsektor, im Gesundheitsbereich und in der industriellen Produktion den Kriterien und Prinzipien eines nachhaltigen Managements der Ökosysteme und ihrer Komponenten standhalten.

Die Katastrophen der letzten Monate und Jahre haben auf tragische Weise die Abhängigkeit der Menschheit vom Klima deutlich gemacht. Die Auswirkungen dieser Naturkatastrophen haben am meisten die armen Bevölkerungsschichten betroffen, deren Lebensgrundlagen sehr stark von den Klimaveränderungen beeinflusst werden. Auch deshalb gilt es, sich immer wieder auf das Credo von Rio und Johannesburg zu besinnen: *Umwelt- und Klimaschutz und Entwicklungspolitik gehören untrennbar zusammen- gerade auch in Hinblick auf jede langfristig angelegte Strategie zur weltweiten Bekämpfung der Armut und zur Beseitigung des Nord-Süd-Gefälles. Deshalb müssen Armutsbekämpfung und Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu einer kohärenten Politik verschmelzen.*

## **Notwendige Elemente einer kohärenten Klima- und Entwicklungspolitik**

### **Mehr Verantwortung der Industrieländer und Ausgleichsleistungen des Nordens für die Klimaschäden**

Industrieländer sind in einem erheblichen Maße verantwortlich für die Emissionen langlebiger Spurengase und die Änderung natürlicher Stoffkreisläufe, die zu globalen Klimaveränderungen führen. Von den negativen Auswirkungen sind Entwicklungsländer in vielen Fällen am stärksten betroffen. Eine Kompensation für die Klimaschäden, die seit Erkennen des Problems entstanden sind und weiterhin entstehen, würde der Verantwortlichkeit der Industrieländer Rechnung tragen und könnte zur Minderung der Verwundbarkeit armer Menschen in Entwicklungsländern gegenüber den Folgen des Klimawandels beitragen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für die Armutsbekämpfung.

Wichtige Maßnahmen:

- Verpflichtung der Staaten zum Ausgleichszahlungen gemäß ihrer Mitverursachung an der globalen Erderwärmung unter Berücksichtigung ihrer Emissionen seit 1990.
- Schaffung von verbindlichen ökologischen und sozialen Verhaltenskodizes für transnationale Unternehmen.
- Erarbeitung von Haftungsregelungen für Unternehmen, die durch die Nutzung der natürlichen Ressourcen Klimaschäden herbeiführen.
- Abschaffung klimaschädlicher Subventionen im Energiebereich.
- Die Industrieländer sollten sich einsetzen, dass innerhalb der WTO Umwelt- und Klimaschutz, Ressourcenschonung und Armutsbekämpfung über der Handelsliberalisierung steht. Standards globaler Umwelt- und Klimaschutzabkommen sollten nicht von Streitschlichtungsentscheiden der WTO in Frage gestellt werden.
- Innerhalb der WTO-Verhandlungen sollten die Industrieländer den Produkten der Entwicklungsländer einen möglichst freien Marktzugang ermöglichen.

### **Verbesserte Finanzierung durch die Geberstaaten**

Nach verschiedenen wissenschaftlichen Schätzungen liegt der zusätzliche jährliche Mittelbedarf für international vereinbarte Armutsbekämpfungs- und Umweltschutzziele im

niedrigen dreistelligen Milliardenbereich (US-\$). Der Schutz der biologischen Vielfalt und die Einhaltung von Klimaschutzziele wie einer maximal tolerierbaren Temperaturerhöhung dürfte ebenfalls einen jährlichen Mittelbedarf zwischen 300 und 400 Mrd. US-\$ benötigen. Zum Vergleich: In den Bereichen Landwirtschaft, fossile Brennstoffe und Kernenergie, Straßenverkehr, Wasser, Fischerei und Forstwirtschaft fallen jährlich umwelt- und klimaschädliche Subventionen in Höhe von ca. 850 Mrd. US-\$ an. Die jährlichen weltweiten Militärausgaben belaufen sich auf knapp 1.000 Mrd. US-\$. Würde man diese schädlichen Subventionen spürbar abbauen, könnte ein Teil der Mittel für Entwicklungs- und Klimapolitik verwendet werden.

Wichtige Maßnahmen:

- Einführung von Nutzungsentgelten für den Flugverkehr und die Nutzung der Meere und einer Devisentransaktionssteuer zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit.
- Weiterentwicklung des Clean Development Mechanism (CDM) und des Emissionshandels.
- Aufbau eines internationalen Fonds für Versicherungen gegen Schäden durch Naturkatastrophen.

Ferner:

- Verbindliche und zeitnahe Erfüllung der ODA-Quote von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens durch die OECD-Staaten (öffentliche Entwicklungsfinanzierung ).
- Weitere Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und Ausdehnung des Schuldenerlasses auf hochverschuldete Länder mit mittlerem Einkommen.
- Aufhebung der Anrechnung der Entschuldung auf die ODA-Quote.
- Neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen

### **Ein verbesserter Klimaschutz in den Entwicklungsländern**

- Mehreinsatz von regenerativen Energiequellen.
- Entwicklung von Anpassungsstrategien zusammen und für die Armutbevölkerung, um besser Naturkatastrophen und schleichende Klimaveränderung zu bewältigen.

- Aufnahme der Katastrophenprävention in die Umsetzung der nationalen Armutsstrategien.

### **Verbesserte Armutsbekämpfung, die keine Konkurrenz zum Klimaschutz ist**

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Sicherheit von Zugangsrechten (Land-, Wasser- und weitere Nutzungsrechte).
- Erstellung konsistenter Klimaschutzstrategien in den nationalen Armutsbekämpfung (PRSPs).
- Verbesserte Partizipation der lokalen und indigenen Gemeinschaften an Entscheidungen über die Nutzung biologischer Ressourcen und Schutzgebiete sowie Stärkung ihrer Verfügungsrechte über die Nutzung von Lebensräumen.
- Schaffung einer Infrastruktur für Wasser- und Sanitärversorgung, Abfallentsorgung und moderne Energieformen in den Entwicklungsländern.

### **Aufwertung internationaler Regelwerke und Institutionen**

- Verankerung von Umwelt- bzw. Klima- und Entwicklungsfragen auf internationaler Ebene in einem ‚Rat für globale Entwicklung und Umwelt‘ innerhalb der UN mit verbindlichen, sanktionsfähigen Regelwerken und Nord-Süd-Parität.
- Institutionelle Stärkung der CSD (UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung).
- Verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Riokonventionen.
- Einsatz für eine tiefgreifende Reform des internationalen Institutionengefüges zur Stärkung der Vereinten Nationen und des Multilateralismus. Eine stärkere Einbindung der internationalen Finanzinstitutionen und der WTO in eine kohärente Sicherheits-, Entwicklungs- und Umwelt bzw. Klimapolitik unter der Führung der Vereinten Nationen.

### **Armutsbekämpfung und Klimaschutz im wohlverstandenen Eigeninteresse**

Armutsbekämpfung und Klimaschutz in den Entwicklungsländern liegt auch im Interesse der Industrieländer.

- Durch den Schutz globaler öffentlicher Güter werden Klimaschäden auch in Industrieländern verringert.

- Die weltweite Reduktion von Armut und Klimaschäden schafft Märkte für Exportprodukte und Investoren aus Industrieländern.
- Der Abbau von Subventionen in Industrieländern führt zu einer Intensivierung des Welthandels. Davon profitieren auch die Industrieländer.
- Werden natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Armut erfolgreich bekämpft, wird die Zahl der Klima- und Armutsflüchtlinge sinken.

Es ist zu beachten, dass nicht nur die Industrieländer Verantwortung für die globalen Herausforderungen tragen, sondern auch die Entwicklungsländer. Deshalb ist dort Good Governance notwendig. Hinzu kommt, dass eine Veränderung des Lebensstils in den Industrieländern für eine klimagerechte und armutsorientierte Entwicklung unbedingt erforderlich ist.